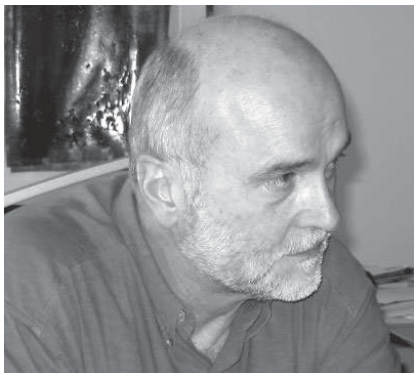
Dieter Timmermann und Christoph Ehmann im Gespräch über den Schlussbericht

»LEBENSLANGES LERNEN ALS LOHNENDE INVESTITION«



Fotos: Stefan Hummelsheim

Nach Übergabe des Schlussberichts an Bundesbildungsministerin Bulmahn stellte sich der Kommissionsvorsitzende Prof. Dr. Dieter Timmermann (Bild links) dem Fachgespräch mit Dr. Christoph Ehmann, Staatssekretär a.D. und Experte für Bildungsfinanzierung (Bild rechts). In einem Punkt sind sie sich einig: Am besten hätte man eine Kommission gleich auf die gesamte Bildungsfinanzierung ansetzen sollen. Das Gespräch moderierte Stefan Hummelsheim (DIE).

DIE: *Herr Timmermann, was ist aus Ihrer Sicht die Kernbotschaft des Berichts?*
Timmermann: Es gibt mehrere. Die zentrale Botschaft ist, dass die bundesdeutsche Gesellschaft in Zukunft mehr Ressourcen für lebenslanges Lernen bereitstellen muss. Gemeint sind damit sowohl die Familien, die Unternehmen als auch der Staat. Wir haben hierzu Instrumente vorgeschlagen.
Ehmann: Halten sie diese Botschaft angesichts der Dimensionen, die Sie vorschlagen, überhaupt für realitätsnah?
Timmermann: Allerdings. Wenn ich mir vorstelle, dass vor kurzem Herr Stolpe schon wieder drei Milliarden Euro mehr gefordert hat für sein Straßenbauprogramm, und wir – Erwachsenenbildungsförderungsgesetz und Bildungssparen zusammengezählt – von einer Milliarde Euro sprechen, dann finde ich das bescheiden. Da sind die Rückflüsse aus Darlehen noch nicht einmal eingerechnet.
Ehmann: Was ich dem Bericht als Kernbotschaft entnommen habe, ist: Alle, und besonders die Individuen müssen begreifen, dass Bildung eine Investition für sie selber ist.
Timmermann: Ja, das ist eine zweite zentrale Botschaft. Und das gilt für die Unternehmen und die Politik genauso, die Bildung bislang als Kostenfaktor behandeln. Das Investitionsdenken muss breit in die Köpfe unserer Gesellschaft hinein. Und das fängt tatsächlich unten bei den Familien an.

»Die Individuen müssen begreifen, dass Bildung eine Investition für sie selber ist.«

Denn wenn die das nicht verinnerlichen und das auch in ihren Erwartungen an die Politik nicht artikulieren, dann wird die Politik darauf auch nicht reagieren. Das ist ein bisschen meine Sorge, dass das bei den Individuen nicht ankommt. Aber das hängt davon ab, wie sich jetzt die verschiedenen Interessengruppen, die sich im lebenslangen Lernen tummeln, zu den Vorschlägen stellen.

DIE: *Es scheint Konsens zu sein, dass Deutschland gut beraten ist, vermehrt in lebenslanges Lernen zu investieren. Sprechen wir über die konkreten Empfehlungen!*
Timmermann: Mit dem Bildungssparen haben wir ein Instrument vorgeschlagen, das im Prinzip mit der Geburt eines Kindes greift und, wenn das Kind achtzehn Jahre alt wird, von den Eltern an dieses übergeht. Es funktioniert wie beim Vermögensbildungsspargesetz. Das Angesparte soll weder für Schulgeld noch für Studiengebühren missbraucht, sondern für Weiterbildung vorgehalten werden.
Ehmann: Das Bildungssparen soll für einkommensschwache und bildungsferne Schichten eine Möglichkeit sein, in den Weiterbildungsbereich einzusteigen. Die Hans-Böckler-Stiftung hat ja Ähnliches gedacht und überprüft, wie sich das konkret auswirkt. Sie ist zum Ergebnis gekommen, dass mit Bildungssparen genau diese Gruppe kaum erreicht wird. Sie schreiben selber im Bericht, dass gerade diese Gruppen geringe Sparmöglichkeiten haben. Das Bildungssparen wird, wie

Sie es machen wollen, doch dazu führen, dass diejenigen, die Geld haben, auch sparen werden.
Timmermann: Das sollen sie ja auch. Aber sie werden ab einem bestimmten Einkommen keine staatliche Förderung mehr bekommen. Sie können aber die Arbeitgebersparzulage auf das Bildungskonto einzahlen. Wir haben die Sparfähigkeit der Haushalte untersuchen lassen. Ergebnis: Etwa 20 Prozent der privaten Haushalte sparen nicht, sondern entsparen eher, d.h. sind verschuldet. Und trotzdem sagen wir, wir wollen auch gerade diese Haushalte anreizen, sich aktiv ins Weiterbildungsgeschehen zu begeben, indem sie einen symbolischen Beitrag von fünf Euro pro Monat selber einzahlen. Der Rest bis zu den 408 Euro pro Jahr soll der Staat als Prämie dazu zahlen. Wir haben die Sparprämien einkommensabhängig definiert. Das sind die Zigarettenschachtel oder das Bier im Monat, das sich selbst diejenigen absparen können, die sich sonst eher verschulden.

»Die Zigarettenschachtel oder das Bier im Monat sparen.«

DIE: *Jetzt sind wir bei den Problemgruppen.*
Ehmann: Eine im Auftrag der Kommission erstellte Studie hat herausgefunden, dass es Personen gibt, die nicht mit Geld zu einer Weiterbildungsteilnahme motiviert werden können. Das hat der Kommissionsbericht aus meiner Sicht nicht konsequent beherzigt und schlägt doch nur wieder finanzielle Anreize vor.
Timmermann: Geld alleine wird häufig nichts nützen. Wer »psychische Ressourcen«, also die Bildungsbereitschaft oder das Interesse, sich überhaupt weiterzubilden, nicht hat, dem hilft auch kein Geld. Sie werden sich durch staatliche Förderung wie z.B. die Sparprämien nicht angereizt fühlen. Wir haben länger diskutiert, wie weit wir gehen sollen, diese Nie-Teilnehmer hinter dem Ofen hervorzulokken; das war kontrovers. Die Mehrheit der Kommission hat gesagt, es macht keinen Sinn, teuere Instrumente zu entwickeln, die nichts bringen. Zumal wir in Schweden von den IG-Metallern gelernt haben, dass selbst die es nicht geschafft haben, Arbeitskollegen, die das 50. Lebensjahr überschritten haben, in eine Lernsituation zu locken.

DIE: *Welche weiteren Erfahrungen aus dem Ausland sind eingeflossen?*
Timmermann: Das französische Fondssystem wurde von der Mehrheit der Kommission für nicht weiter verfolgenswert erachtet. Es gibt zwar erheblich höhere Investitionsvolumina, aber nur eine ähnliche Nachfragesituation wie in Deutschland. Die Sozialstrukturen der Partizipation sind ähnlich wie hier, und es gelingt über das französische Fondsystem offensichtlich nicht, die Ungleichheit abzubauen. Das ist uns von Franzosen selbst deutlich gesagt worden. Mehrheitsmeinung in der Kommission war, dass die Verwaltungskosten relativ hoch sind. Allerdings können wir von den Franzosen und anderen (Dänemark, Schweden, England) lernen, Kompetenzen sinnvoll zu zertifizieren. In Deutschland steckt die Entwicklung noch in den Kinderschuhen. Aus England haben wir die Idee eines Personalentwicklungs-Kick-Offs für KMU übernommen. Weiterbildungsbeauftragte sprechen Unternehmer an, gucken in KMU Lern-Champions aus und entwickeln mit denen Weiterbildungsprogramme.

DIE: *Und hat Sie die Praxis in Skandinavien bewogen, auf ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz hinzuarbeiten?*
Timmermann: Dänemark und Schweden haben einen hohen Anteil öffentlicher Finanzierung. Die haben ganz systematisch eine Angebots-Infrastruktur aufgebaut – und sie sichern ab: Freistellungsrecht, Rückkehrrechte. In Schweden hat jeder Beschäftigte ein Anrecht auf 180 Wochen lebenslanges Lernen im Laufe des Arbeitslebens – das ganze öffentlich finanziert aus dem Steuertopf, forciert über Bildungssparen. In den skandinavischen Ländern werden private Anstrengungen, das eigene Lernen zu fördern, nicht dadurch bestraft, dass das, was man selber einbringen kann, abgezogen wird von der öffentlichen Förderung wie hierzulande üblich (wie jetzt bei Hartz IV).
Ehmann: Die entscheidende Frage ist doch: Wer finanziert einem die Teilnahme an Weiterbildung? Nicht die Maßnahme, sondern den Lebensunterhalt während der Zeit. Das ist doch in den vergangenen Jahrzehnten abgebaut worden. Kann das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz diesen Ersatz leisten, und in welchen Dimensionen?
Timmermann: Wir glauben das schon. Wir haben ja langfristig die Vision, dass es nur zwei Fördergesetze gibt, das SGB III für Arbeitslose und für alle die, die in Beschäftigung sind und bestimmte Kriterien erfüllen, das Bildungsförderungsgesetz. Das soll das Nachholen von Schulabschlüssen, von Berufsbildungsabschlüssen und Hochschulabschlüssen einschließen. Die Kosten für den Bund könnten je nach Akzeptanz des Modells auf bis zu 800 Millionen Euro steigen.

»Langfristig nur mehr zwei Fördergesetze«

DIE: *Handelt es sich beim Erwachsenen-BAföG um einen Zuschuss oder um ein Darlehen?*
Timmermann: Die Mehrheit der Kommission hat für eine Kombination von Zuschüssen und Darlehen plädiert. Einkommensabhängig gibt es entweder ausschließlich den Zuschuss, eine Kombination oder ausschließlich Darlehen. Ein Kommissionsmitglied hat unter Hinweis auf die erwartbaren

Returns zugunsten eines reinen Darlehensmodells argumentiert. Für die Mehrheit der Kommission bedeutet die Zuschusskomponente immer noch einen Motivationsaspekt.
Ehmann: Das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz bedeutet einen Paradigmenwechsel, ans Licht gehoben zu haben, dass die Finanzierung der Teilnahme und nicht die Maßnahmekosten das Entscheidende ist.
Timmermann: Ja, das stimmt.

DIE: *Die Kommission äußert sich nicht zu einem Weiterbildungsrahmengesetz auf Bundesebene.*
Timmermann: Das Verfassungsgerichtsurteil zur Junior-Professur ist eine Absage an die Kompetenzen des Bundes zur Rahmengesetzgebung – das liest Frau Bulmahn selber so. Sie sagt, was für sie jetzt übrig bleibe, sei ein zahnloser Tiger.

Ehmann: Die Diskussion um ein Bundesweiterbildungsrahmengesetz gehört zu den verlorenen Schlachten der 1970er Jahre. Da muss man auch mal aufhören.

DIE: *Die Finanzierung der Weiterbildung hat auch eine wichtige steuerliche Seite. Welche Empfehlungen gibt es da konkret?*
Timmermann: Privatausgaben zum lebenslangen Lernen sollen als Sonderausgaben bis zu 4000 Euro im Jahr geltend gemacht werden können. Allerdings keine Luxus-Bildungsaktivitäten wie z.B. Bildungsreisen.
Ehmann: Die Ärztefortbildung am Lido soll nicht gefördert werden?
Timmermann: Durch Pauschalsätze soll das abgegolten und nicht beliebig nach oben offen sein. Und die Bildungseinrichtungen müssen akkreditiert sein. Das Zweite ist: Sowohl

»Luxus-Bildungsreisen sind keine Sonderausgaben.«

Lernzeitkonten als auch die Nutzung von Bildungssparkonten sollen nachgelagert besteuert werden. Das hat steuerliche Vorteile für die Nutzer und belastet die öffentlichen Haushalte stärker als eine vorgelagerte Besteuerung; das haben wir aber nirgendwo kalkuliert.
Ehmann: Die nachgelagerte Besteuerung der Lernzeitkonten ist aber ein steuerlicher Vorteil für Unternehmen.
Timmermann: Das ist richtig. Das soll ja ein Anreiz sein für Unternehmen.

DIE: *Ein wichtiger Punkt: Viele in der Bildungslandschaft wollen die Unternehmen für die berufliche Weiterbildung etwas stärker in die Pflicht nehmen ...*
Timmermann: Freistellungsanspruch und Rückkehrrecht sind zwei harte Sachen, das werden uns die Verbände schon um die Ohren hauen. Sonst könnte uns auch vorgeworfen werden, dass wir die Unternehmen an keiner Stelle belasten.

DIE: *Hat die Kommission einen Paradigmenwechsel zur Nachfrageorientierung hin vollzogen?*
Timmermann: Nicht in dem Sinne, dass wir ganz auf die individuelle Verantwortung, auf die Nachfrage setzen. Wir steuern nicht um von Angebots- auf Nachfragesteuerung, vollziehen eher einen Schritt in die Richtung, die angebotsorientierte Steuerung durch eine stärkere Nachfrageorientierung zu korrigieren. Indem wir den Individuen mehr Power geben, über Bildungssparen und über die Anreize, die darin enthalten sind, auch über die nachgelagerte Besteuerung und ähnliche Dinge.
Ehmann: Ich würde es noch schärfer formulieren: Es ist sozusagen das Gleiche, nur es bringt ins Bewusstsein, dass wir schon immer eine Kofinanzierung hatten; nur das wird jetzt endlich einmal gesagt und die Illusion genommen, als ob Bildung für den Bürger kostenlos sei und für die Unternehmen. Es wird die Sache ehrlich gemacht.

DIE: *Die Kommission hat keinen wirklichen Systemwechsel vorgeschlagen, warum nicht?*
Timmermann: Es war Teil des Auftrags, an Bestehendes anzuknüpfen. Es soll ja auch realisierbar sein und politisch umsetzbar. Insofern konnte kein revolutionärer Vorschlag erwartet werden. Für die Akzeptanz von neuen Instrumenten ist es wichtig, dass sie für die Zielgruppen erkennbar an Vertrautes anschließen, an bekannte Strukturen. Das ist z.B. so beim Bildungssparen: Wir knüpfen an die Figur der vermögenswirksamen Leistungen an; das kennen ganz viele Leute, das ist ihnen vertraut. Und beim Erwachsenenbildungsförderungs- und dem Bildungsförderungsgesetz ist es ähnlich: da knüpfen wir am BAföG an, an Berufsausbildungsbeihilfen, ans Aufstiegsfortbildungsgesetz und sagen: da wollen wir noch mehr tun. Wir haben uns für eine konservativere Strategie entschieden. Im Zwischenbericht haben wir alle Finanzierungsmodelle, auch internationale, durchdekliniert, und das einzig Revolutionäre war die radikale Gutscheinlösung; die haben wir aber relativ schnell verworfen.
Ehmann: Bei Ihren Vorschlägen bleibt es beim Nebeneinander verschiedener Finanzierungsströme – und damit bei

einem Hauptproblem: Sobald ein Finanzier sagt, ich beteilige mich an der Finanzierung von A, versucht der andere Finanzier, sich aus der Finanzierung von A zurückzuziehen. Musterbeispiel sind nachgeholte Hauptschulabschlüsse, die als Aufgabe der VHS durch Kommunen und Länder finanziert sind; sobald die Bundesanstalt für Arbeit einstieg, zogen sich Finanziers zurück; sobald jetzt die EU einsteigt, ziehen sich andere zurück.

DIE: *Es bedarf sicher eines Mentalitätswandels zugunsten einer bildungsfreundlichen Gesellschaft.*
Timmermann: Ja, das haben wir in der Pressekonferenz im Anschluss an die Übergabe deutlich gesagt. Wir hoffen, über das Bildungssparen tatsächlich die Mentalität in den privaten Haushalten zu verändern. Wenn wir den armen Schichten 5 Euro pro Monat abverlangen, sie dafür aber ein Mehrfaches angeboten bekommen vom Staat, dass viele dann auch sagen, »Mensch, dass nehm ich mit – dann geh ich eben Lernen; dann mach' ich mal einen Kurs oder gehe zur VHS«.
Ehmann: Mit den Vorschlägen gehen Sie davon aus, dass die Leute bereit sind, für die bildungsferneren und einkommensschwächeren Schichten zu zahlen. Die Bildungsfinanzierung der letzten 40 Jahre zeigt das genaue Gegenteil.

DIE: *Die Kommission fordert vermehrte Investitionen in lebenslanges Lernen; dieses Investitionsprojekt steht in Konkurrenz zu anderen, wie z.B. Alter und Gesundheit. Wie sind die Prioritäten?*
Timmermann: In meinen Augen hat die Bildungsvorsorge eine Priorität, weil die anderen beiden davon abhängen. Wie viele Mittel ich für Alter oder für Gesundheit zurücklegen kann, hängt davon ab, welches Einkommen ich in meinem Leben haben werden. Und das hängt immer noch auch davon ab, was ich in meine eigene Arbeitskraft investiert haben werde. Das fängt im Kindergarten an und setzt sich in der Hochschule und im Rahmen des lebenslangen Lernens fort. Darum ist Bildung von allen Dreien das wichtigste.
Ehmann: Dann ist die Investition in Weiterbildung nicht die prioritäre, sondern dann wird man sagen müssen, wenn ihr nicht endlich bei den Kindern anfangt, dann könnt ihr's gleich vergessen.

DIE: *Welche Hoffnungen setzen Sie in die Umsetzung?*
Timmermann: Wir haben in den Schlussbericht geschrieben und auf allen Vorträgen auch die Hoffnung ausgesprochen, dass die Empfehlungen als Paket umgesetzt werden. Wir sprechen bewusst von der Architektur, haben beschrieben, wo die einzelnen Empfehlungen ineinander greifen und Synergie-Effekte erzeugen können.

»Verhindern, dass aus der Architektur eine Ruine wird!«

Man kann aber nicht verhindern, dass aus einer Architektur eine Ruine wird. Die Hoffnung wird umso mehr realen Gehalt kriegen, je mehr die gesellschaftlichen Gruppen, die Parteien, die Weiterbildungsszene das auch als interessantes Paket sehen.
Ehmann: Die Umsetzung kann gelingen, wenn man erfolgreich überzeugen kann, dass das das Richtige ist, und man Leute finden, die sich da drauf setzen wollen. Man muss erreichen, dass die Leute einsehen, dass es fünf vor Zwölf ist. Allerdings: Ich habe ein bisschen die Sorge, dass schon dadurch, dass die Auftraggeberin das Projekt so klein geschnitten hat, Chancen verpasst werden. Weil sich der Bericht nur an die Weiterbildung richtet, ist es möglich, ihre Vertreter zu isolieren. Die Vereinzelung macht es der Regierung möglich, sich den Anforderungen aus solchen Kommissionsberichten zu verweigern. Eigentlich bräuchten wir einen Bericht über die Gesamtheit des lebenslangen Lernens, um wirklich alle relevanten Gruppen zusammen zu kriegen und den gesamten Pulk stark genug zu machen, um auf die Politik Einfluss zu nehmen. Meine Sorge ist, dass man zu sehr dem Grundsatz *divide et impera* folgt und den Kindergarten und die Schule erst mal außen vor lassen kann.
Timmermann: So gesehen: Die Gefahr besteht. Das ist eine Kritik, die wir zwar im Schlussbericht gar nicht geäußert haben, die ich aber immer wieder in Vorträgen betont habe, dass wir im Grunde noch kein System des lebenslangen Lernens haben. Man bleibt immer im Bild von den vier Säulen des Bildungssystems und spricht deshalb immer getrennt über Schulfinanzierung, Hochschulfinanzierung und Weiterbildungsfinanzierung. Die Auftraggeberin wollte es aber so, dass wir uns auf das lebenslange Lernen Erwachsener konzentrieren. Es war nicht gewollt, dass sich die Kommission zur Finanzierung der Berufsausbildung oder zu Studiengebühren äußert. Darum war der Auftrag eingegrenzt. Gleichwohl: Richtiger wäre ein umfassender Bericht »Von-der-Wiege-bis-zur-Bahre-Finanzierung-lebenslangen-Lernens« – vielleicht kommt der ja auch noch mal.
Ehmann: Sie haben aber die Brückenschläge immerhin versucht.

DIE: *Ein schöner Schluss – vielen Dank.*